

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



27.01.2015

DOPPELHAUSHALT

2015/2016

Antrag zum Thema

Ökostrom für städtische Gebäude und Ökolabel

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2015	2016	2017	2018	2019
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Sachaufwendungen	-100.000	-100.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger



▶ Sachverhalt | Begründung

Durch eine Versorgung der städtischen Liegenschaften mit ok-power-Ökostrom und einer entsprechenden Zertifizierung entstehen der Stadt Karlsruhe jährlich ca. 100.000 Euro Mehrkosten. Entsprechende Haushaltsmittel sind nach Auskunft der Stadtverwaltung im Sachkostenbudget enthalten, da sich die Mehrkosten auf verschiedene Teilhaushalte verteilen. Auf die Bildung eines gesonderten Budgets bzw. Haushaltsansatzes sei deshalb verzichtet worden.

Im Hinblick auf eine wirtschaftliche Verwendung der Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger ist der Bezug von Ökostrom eine verzichtbare Ausgabe, da sich der bisher über die Stadtwerke Karlsruhe unmittelbar kostengünstig an der EEX-Strombörse in Leipzig bezogene Strom bereits aus einem Strommix speist, in dem ca. 39% aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU), Stadtrat Detlef Hofmann (CDU), Stadträtin Karin Wiedemann (CDU) sowie CDU-Gemeinderatsfraktion

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



27.01.2015

DOPPELHAUSHALT 2015/2016

Antrag zum Thema

Bezug von Okostrom für Abwasserbehandlung, städtische Liegenschaften und Straßenbeleuchtung

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 7400, 8800, 6600				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2015	2016	2017	2018	2019
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Sachaufwendungen	100.000	100.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

Bezug von Ökostrom für Abwasserbehandlung, städtische Liegenschaften und Straßenbeleuchtung

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger



▶ Sachverhalt | Begründung

Gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 01.07.2014 und im Einklang mit Maßnahme M 32 des einstimmig verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes soll die Stadtverwaltung für ihre Zwecke - insbesondere bei Abwasserbehandlung, in den eigenen Liegenschaften und bei der Straßenbeleuchtung - zukünftig Ökostrom mit dem ok power-Label beziehen. Diese Zertifizierung setzt einen klaren Anreiz zum Neubau regenerativer Erzeugungsanlagen.

Laut Darstellung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 25. September 2014 beträgt der Aufschlag für die Beschaffung von Ökostrom, der den Anforderungen des ok-powerLabels entspricht, derzeit 1,70 €/MWh (netto), d.h. im Vergleich zu den Stromkosten von 2013 1,2 %.

Die notwendigen Beträge von insgesamt knapp 100.000 € sind in den entsprechenden Teilhaushalten einzustellen.

Unterzeichnet von:

Bettina Lisbach und GRÜNEN-Fraktion